

600 Deutschland-Forscher in den USA debattieren über die neue Bundesrepublik

VON ROBERT VON RIMSCHA

Ist Deutschland zu mächtig? Sind seine Parteien, oder ist zumindest das, was man Parteienstaat nennt, bankrott? Droht Gefahr von rechts? Was will die neue Bundesrepublik? Am vergangenen Wochenende waren es knapp 600 vorwiegend amerikanische Germanisten, Historiker, Soziologen, Politologen und Kulturwissenschaftler, die sich diese Fragen vornahmen. Antworten hatten sie keine. Die Ratlosigkeit und Unsicherheit, die vielerorts in Deutschland spürbar ist, wenn Existenzfragen an die Berliner Republik gestellt werden, war auch jenseits des Atlantiks zu spüren. Deutschland verwirrt eben dieser Tage. Doch zumindest die Fragen wurden bei der Jahrestagung der „German Studies Association“ in Bethesda nördlich von Washington oft präziser gestellt als in der Bundesrepublik üblich.

Wenn US-Professoren untersuchen, wie mächtig das vereinte Deutschland ist, kommen konventionelle Kategorien zum Vorschein. „Bonn war der Erfolg der Demokratie – Berlin wird die Frage der Macht“, faßte Andrei Markovits (University of California) zusammen. Randall Newnham (Pennsylvania State University) meinte, gegenüber Osteuropa habe die Bundesrepublik weiter eine vage, die Tagesordnung bestimmende, sich in steter Präsenz zeigende Macht – mit reichlichem ökonomischen Einfluß.

„Die militärische Bedrohung des Ostens durch Deutschland ist dagegen signifikant zurückgegangen“, meinte der Professor. Und der frühere kulturelle Einfluß sei einem allgemein-westlichen Modell gewichen. Unter dem Strich sei die Macht, die die Bundesrepublik heute auf ihre Nachbarn ausübe, eine „gutmütige“. Dem widersprach Patricia Davis (University of Notre Dame). Die Ungleichbehandlung Frankreichs und Polens zeige, daß Deutschland eine von materiellen Interessen geleitete Außenpolitik betreibe.

Als Antwort auf die Frage nach Deutschlands Macht in Europa war dies ziemlich dünn. Gebhard Schweigler (Georgetown) forderte daher berechtigterweise Antworten auf vergleichende Fragestellungen ein: Wenn Macht ist, was bei anderen ankommt, müßte der Maßstab doch sein, ob Deutschlands Nachbarn sich überfahren fühlen. „Deutsche Macht ist nicht schmutzig“, wertete Schweigler.

Eine andere der insgesamt 138 Konfe-

renz-Sitzungen suchte Antworten am Beispiel Kohl. Karl-Rudolf Korte (München) bezeichnete das „System Kohl“ als „Passepartout für die Konsens- und Konkordanzdemokratie“, interpretierte den pragmatischen, personenorientierten Regierungsstil des Bundeskanzlers also als ideales Pendant zur deutschen Suche nach Stabilität – oder nach Reformen nur nach einstimmigem Beschluß über die Notwendigkeit derselben. Clay Clemens (William and Mary College) begründete überzeugend, weshalb die Europapolitik Kohls keine Abweichung von dieser Linie sei, sondern in typischer Weise auf persönliche Diplomatie aufbaue. Weil auch in Sachen EU und Euro die visionäre Komponente und das Marketing fehlten, stehe Kohl in Sachen Europa als „Kommandeur ohne Truppen“ da.

Deutschland strahlt als eine „gutmütige“ Macht in seine Nachbarschaft aus

Falls es 1998 zum Regierungswechsel in Deutschland kommen sollte und Rot-Grün zum Zuge käme, hätte die

Bundesrepublik Vertreter jener ehemals alternativen Partei in der Regierung, die in den USA lange höchst mißtrauisch, wenn gleich mit großem Interesse beäugt wurde. Marv McKenzie (University of San Diego) interpretierte die Ambivalenzen in der Grünen-Außenpolitik als Indiz dafür, daß es keine grundlegende ideologische Verschiebung gegeben habe. Wenn Joschka Fischer heute für NATO und Euro eintrete, dann – wie Kohl – mit dem Argument, internationale Organisationen böten das an deutscher Selbstbeschränkung, was durch die Wiedererlangung der Einheit verlorengegangen sei. Dies liege auf der alten Grünen-Linie, nationalstaatliche Normalisierung abzulehnen. Als Nebeneffekt dürften „die Grünen bald so prowestlich sein wie alle anderen Parteien mit Ausnahme der PDS“, meinte McKenzie.

Michael Greven (Hamburg/Toronto) warf den deutschen Parteien vor, „durch ihre machtpolitischen Stabilisierungsstrategien eine Themen- und Zukunftsblockade“ zu verschulden. Die Parteien seien in der Krise, weil sie für Europa keine Struktur, für den Osten kein Interesse und für die Jugend keine Angebote hätten. Ähnlich argumentierte auch Michaela Richter (City University of New York), die von Kartellparteien sprach, die zunehmend auf ihre Rolle in der *civil society* verzichteten und sich durch Absprachen von Wählerstimmen unabhängig

machten – nur um ihre Pfründen bei der Finanzausstattung oder bei der Patronage von der Justiz bis zum Rundfunk zu erhalten. Gregg Kvistad (University of Denver) assistierte, der alte Parteienstaat sei ein Anachronismus, die Entwicklung zu Dienstleistungsparteien stecke indes noch in den Kinderschuhen.

Als kontroversestes Thema auch bei dieser Konferenz diente wieder einmal die Frage, ob es in Deutschland eine Bedrohung von rechts gebe. Hans-Georg Betz (Johns Hopkins University) sagte nein. Auch wenn alle Verdrossenheitssymptome anzutreffen seien, fehle doch eine Führerfigur sowie eine Diskussion und die Einheitlichkeit. Zwischen neoliberalen und neokonservativen Strömungen sei Europas und Deutschlands Rechte zerrissen. Extrem scharfe, nationalistische und antisemitische Reaktionen wie die des Schweizer Parteichefs Christoph Blocher auf den Eizenstat-Bericht der US-Regierung über jüdisches Raubgold seien in Deutschland undenkbar.

Jacob Heilbrunn, Redakteur bei „New Republic“, sah es anders. Intellektuell sei die deutsche Rechte mächtig; dies sei normal und kein Anlaß für Alarmrufe. Daß neue rechte Parteien erfolglos seien, sei Angesichts einer „Presse, die bei jeder Position fünf Grad rechts von der CDU sofort ‚Faschist‘ schreit“, kein Gegenbeweis. Interessant werde, inwieweit „rechtes“ Gedankengut – wie Populismus oder Parteinahme gegen Einwanderung – die bestehenden Parteien beeinflussen werde.

Bei der Konferenz wurde das Deutschland von heute analysiert; und Deutschland wurde wie jeder andere Staat untersucht. Wenn die Antworten auch widersprüchlich blieben, so hat die „German Studies Association“ bei dieser

Keine grundlegende ideologische Verschiebung bei den Grünen festgestellt

21. Jahrestagung doch mehrerlei geleistet. Noch nie war eine GSA-Tagung so zeithistorisch. Zwei Drittel der Podiumsdiskussionen be-

schäftigten sich mit dem 20. Jahrhundert. Die amerikanische Deutschland-Forschung hat auch endgültig die Zeit hinter sich gelassen, als Literaturwissenschaftler die Tagungen dominierten. Heute sitzen die verschiedensten Disziplinen nebeneinander. Und zuletzt zeigte die enorme Präsenz in den USA lehrender Deutscher oder nach Amerika Eingeflogener, daß im Wissenschaftsbereich anders als in der Politik kein Anlaß zur Sorge besteht, die deutsch-amerikanischen Beziehungen könnten am Mangel an persönlichen Kontakten Schaden nehmen.